

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: S.W. 68, Cludenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung: Gesellschaft 8 1/2 bis 5 Uhr. Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin S.W. 68, Cludenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297.

Faschisten morden einen Unschuldigen.

Der Knabe Zamboni nicht der Täter. - Verbrecherische Lynchjustiz.

Rom, 2. November. (WTB.) Wie die Agentur Stefani mitteilt, fehlt bisher von amtlicher Seite eine zuverlässige Bestätigung dafür, daß der getödtete Urheber des Attentats auf Mussolini entsprechend den Angaben der Zeitungen mit Anfo Zamboni identisch ist.

Geiseln für Mussolini.

Mailand, den 2. November. (TU.) Einige faschistische Blätter verlangen, daß geheime Listen aufgestellt werden sollen, die die Namen derjenigen Männer enthalten, deren Leben von demjenigen Mussolinis abhängig gemacht werden soll.

Die amtliche Meldung der Agentur Stefani ist ein fürchterliches Geständnis. Das Geständnis des Faschismus, einen Unschuldigen, ein schuldloses Kind aus Rache getödtet zu haben.

Zamboni war ein Kind. Ein Knabe von fünfzehn Jahren. Ein Kind, betreut von seinen Eltern. Bis fünf Uhr nachmittags durfte der Knabe am Mussolini-Tage der Stadt von zu Hause wegbleiben. Als er nicht kam, machte sich der besorgte Vater auf die Suche. Er fand ihn auf der Polizei - als Leiche, das Opfer von Mördern.

Zambonis Vater war Faschist. Sein Bruder faschistischer Militärsoldat, einer von der alten Garde. Er war mit Mussolini auf Rom marschiert. Der Knabe selbst war in einer faschistischen Jugend organisiert.

Der kleine Zamboni wurde getödtet. Unschuldig getödtet. Eigenhändig von Mussolinis Begleitern gemordet. Die Blutschuld des Faschismus schwillt noch immer.

Die offiziöse Heldenlegende.

Rom, 1. November. (Stefani.) Der Unterstaatssekretär im Ministerium des Äußeren, Grandi, der im Kraftwagen Mussolinis mitfuhr, gab dem „Giornale d'Italia“ folgenden Bericht: Der Duce fuhr durch die dichte, ihm jubelnde Volksmenge in einem offenen Kraftwagen. Er erwiderte lächelnd die zahllosen Grüße der Menge, die Blumen warf und Fahnen schwenkte. Während der Kraftwagen an einer Ecke seine Fahrt verlangsamte, hörten wir dicht neben uns eine scharfe Explosion. Wir sahen rechts von uns zwischen dem Truppenpalast und dem Kraftwagen in sehr geringer Entfernung ein Individuum von ziemlich kleiner Gestalt mit erhobenen Revolver. Der Duce, anstatt sich zu bücken oder eine Abwehrbewegung zu machen, gab den Befehl zum Halten. Auf meine besorgte Frage, ob er verletzt sei, antwortete der Duce lächelnd: „Nichts! Es ist nichts!“ Er fügte gelassen hinzu: „Nun ja, und daß niemand den Kopf verliert!“ Sodann fuhr er fort, die Menge zu grüßen, die von dem Anschlag nichts wußte. Inzwischen sprangen aus dem nächsten Kraftwagen hinter uns Unterstaatssekretär Balbo, Abgeordneter Ricci und Bonaccorsi und warfen sich auf den Angreifer, der, von tausend Armen ergriffen, unerbittlich in dem Tumult verschwand. Der Duce setzte seine Fahrt zum Bahnhof fort. Ich habe ihn niemals so stolz und gelassen gesehen.

Die Anklage richtet sich gegen die Abgeordneten Stöcker, Roenen, Hedert u. a., die beschuldigt werden, den Hamburger Luftsturm und ähnliche Vorgänge im Reich inszeniert zu haben. Die Einleitung der Untersuchung erfolgte zu einer Zeit, in der das Mandat der Abgeordneten abgelaufen war, diese also nicht immun waren. Der Antrag auf Einstellung des Verfahrens ist, wie gesagt, schon zweimal abgelehnt worden.

Wir haben uns mit dieser Angelegenheit schon wiederholt beschäftigt und der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß diese Anklage juristisch ein Mißgriff und politisch eine Dummheit ersten Ranges ist. Der Reichstag würde gut tun, dem Einstellungsantrag endlich stattzugeben.

Thoiry im Auswärtigen Ausschuss.

Berichterstattung und Debatte.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstags beriet heute über Thoiry und Fragen der Entwaffnung. Reichsaussenminister Dr. Stresemann und General Pawels erstatteten Bericht. In der Debatte sprachen Stöcker (Komm.), Dauth (Sp.) und Hoersch (Dnat.), dem Minister Dr. Stresemann entgegen. Es folgten Ausführungen von Gräfe (Döf.), Dernburg (Dem.) und Hilferding (Soz.).

Noch eine Unterwerfung.

Schljapnikow und Medwedjew kapitulieren.

Der Stalin-Mehrheit der russischen Kommunistischen Partei ist großes Heil widerfahren. Erst haben Trozki und Sinowjew erklärt, daß sie zwar ihre Auffassungen nach wie vor für richtig halten, daß sie aber doch zweckmäßigerweise sich der stärkeren Macht fügen wollen. Jetzt gibt die andere Oppositionsgruppe, die von Schljapnikow und Medwedjew geführte „Arbeiteropposition“ ebenfalls eine Loyalitätserklärung ab. Diese beiden Oppositionellen gehen sogar inhaltlich über die Erklärung der Trozki-Opposition in der Selbsterniedrigung hinaus. Großer Jubel herrscht ob dieser Erklärung in der Moskauer und in der Berliner „Pravda“. Jetzt ist bemerkt, daß Stalin recht hat. Wo alles sich ihm beugt, wie könnte er da auch Unrecht haben. Er hat in Rußland die Tscheka und verteilt für Deutschland das Geld. Das sind allerdings - beweisträchtige Argumente.

Labour-Sieg in England.

Mächtige Erfolge bei den Gemeindevahlen. - Leeds und Sheffield erobert.

London, 2. November. (Eigener Drahtbericht.) Am Montag fanden in ganz England, mit Ausnahme Londons, in über 300 Städten die Gemeindevahlen statt. Sie stellen einen über alle Erwartungen großen Sieg der Arbeiterpartei dar. Schon nach bisher vorliegenden Teilergebnissen hat die Arbeiterpartei 157 Sitze gewonnen und nur 11 verloren, also einen Reingewinn von 146 Sitzen. Alle anderen Parteien haben schwere Verluste, die Konservativen 68 Sitze, die Liberalen 48 und unabhängige Gruppen 25 Sitze. In Leeds und in Sheffield wurde die Mehrheit errungen. In Nottingham gewann die Arbeiterpartei 5, in Birmingham 8 Sitze.

Der „Daily Herald“ erklärt, die bei den Gemeindevahlen errungenen Erfolge überträfen die kühnsten Erwartungen. Die vernichtende Niederlage der Konservativen sollte dem Premierminister zu denken geben. Von guter Vorbedeutung für die Bergleute sei der Sieg ihres Vorkämpfers Herbert Smith in Barnsley.

Seipel und sein Alexander Weiß.

Wiener Presspiratentum.

h. sch. Wien, 30. Oktober 1926.

Im Mittelpunkt des politischen Lebens der österreichischen Republik steht seit längerer Zeit ein Komplex von Enthüllungen (spanischer Vorgänge), die man in ihrem Zusammenhang als ein wahres Panama bezeichnen kann. Diese Enthüllungen stützen sich auf authentische Bucheinsichten und ihr Urheber ist ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss, in dem allerdings den Sozialdemokraten die Funktion des Anklägers zufällt, der aber im vollen Lichte der Öffentlichkeit tagt und dieser völlig gelicherte Tatbestände zum Urteil vorlegt. Die Rolle des Leidtragenden spielt dabei allerdings die herrschende bürgerliche Partei der Christlichsozialen, denn all der Korruptionsgestank, der da aus den entsiegelten Kontobüchern vertrachteter Banken und der zu ihrer Rettung geprehten Zentralbank deutscher Sparkassen aufsteigt, hat sich unter ihrer Ägide entwickelt. Die Sozialdemokraten, denen vor allem die gesunde Entwicklung unserer Demokratie am Herzen liegt, und die es daher gerne mit anständigen bürgerlichen Gegnern zu tun haben möchten, haben diesen traurigen Triumph, den übrigens die bürgerlichen Blätter verkleinend einen „Wahlslager“ nennen, belächelt nicht gemünzt. Er hat sich ihnen aufgedrängt durch die Tatsache, daß man plötzlich, um schwere Erschütterungen des Wirtschaftslebens zu vermeiden, aus Staatsmitteln der Zentralbank deutscher Sparkassen, die vor dem Zusammenbruch stand, mehr als sechzig Millionen Schillinge in den Kassen schmelzen mußte, ohne begründete Aussicht, sie jemals wieder zu sehen. Die Sozialdemokraten haben diese Rettungsaktion, allerdings unter heftigen Einwendungen gegen die Form, in der sie geschah, zwar toleriert, dann aber mußten sie nach dem Rechten sehen und die Schuldigen zur Verantwortung ziehen.

Es erwies sich bei der Untersuchung, daß die Zentralbank deutscher Sparkassen von der herrschenden Partei dazu mißbraucht worden war, all die faulen, sogenannten christlichen Bankgründungen, die sich unter christlich-sozialer Vormundschaft in der Inflationszeit und zwar durchweg unter Mitwirkung von jüdischen Schiebern vollzogen hatten, unter ihren Schutz zu nehmen - sie zu „sanieren“. Es erwies sich aber darüber hinaus, nämlich, daß alle diese Banken Herde verwegener Spekulation und Korruption gewesen sind. Die Giftgase der Inflationsperiode hatten auf die Biedermeierseelen der österreichischen Provinz, zumal auf die der grünen Steiermark, besonders verheerend gewirkt. Um den Landeshauptmann Rintelen herum, der diesem Treiben mit großzügiger Völligkeit nach der Devise „Lohn sie verdienen“, zusah, breitete sich allmählich ein tiefer Sumpf. Die Zahl der höheren Beamten, die da hineingeraten sind, und deren Spekulationsschulden dann gestrichen wurden, ist beträchtlich, ebenso beträchtlich aber die Zahl der öffentlichen Funktionäre, die sich mit zweifelhaften Geschäften und zweifelhaften, provisionstragenden Vermittlungen beschmuht haben. Es sind keineswegs bloß Leute der zweiten oder dritten Garnitur, zumal der Dechant Prisching und der ehemalige Finanzminister Dr. Uhrer, die bereits in der Verfertigung verschwunden sind, haben zu den führenden Geistern der christlichsozialen Partei gezählt.

In dieser peinlichen Situation entstand der herrschenden christlichsozialen Partei trotz ihrer antimilitarischen Ideologie ein Bundesgenosse in der liberalen bürgerlichen Presse, die hier fast ausschließlich dem Kommando jüdischer Finanzmächte gehorcht. Aus den Berichten und Darlegungen jener bürgerlichen Blätter, aus denen sich auch das Ausland mit Vorliebe informiert, hat niemand über die Vorgänge Klarheit gewinnen können, sie bedienten sich der Taktik des Lintenfisches, der jedesmal, wenn er sich in Gefahr wähnt, durch Ausprägung eines braunen Sekrets das Wasser um sich herum trübt. Manche Blätter hatten sogar die Unerschämtheit, die Sache so zu drehen, daß ihr Lesepublikum von den Tatbeständen überhaupt nichts erfuhr, dagegen um so mehr von einer „korrupten Parteimagie der Sozialdemokraten“, die bloß darauf bedacht seien, sich Vorteile zu schaffen und durch Herumwühlen in den Rückständen der Schieberperiode die Wirtschaft und den Kredit zu gefährden. Mit schamlosen Verdrehungskünsten wurde dem halb oder ganz verschwiegenen Panama der Regierungspartei die Tatsache gleichgesetzt, daß einer der Ankläger, der Nationalrat Dr. Eisler, das Land Steiermark - nebenbei bemerkt auf einstimmigen Beschluß einer von allen Parteien gebildeten Kommission - bei Aufnahme einer Investitionsanleihe juristisch vertreten hatte.

Ist diese Taktik angeht die Größe des Panama noch verständlich, so ist es um so unverständlicher, daß sich die regierenden Mächte der österreichischen Republik nunmehr gegen die Sozialdemokraten einen Bravo gedungen haben, der bis in die letzte Alpenhütte als verurteilter Expreser bekannt ist. Einen gebandmarkt Korruptionisten von einem Format, wie es sich in der gesamten Geschichte der Presse nicht wiederfindet; einen Mann, in dessen Figur das bildliche Wort „Presspirat“ buchstäbliche Bedeutung erlangt hat. Seit einiger Zeit erscheint unter dem Titel „Das Tribunal“ ein Wochenblättchen, das sich die Verleumdung der sozialdemokratischen Vertrauensmänner zur alleinigen Aufgabe gesetzt hat. Der Gründer und Macher dieses Blättchens heißt Alexan-

Oskars Zigaretten.

Selbst die Allergetreuesten entsetzen sich.

Der Prinz Oskar von Preußen, Sohn Wilhelms von Doorn, Bruder Wilhelms von Dels und Gatte einer mecklenburgischen Gutsbesitzerstochter, hatte, wie wir bereits meldeten, den Stresemann-Attentätern mit einem „huldvollen“ Begleitersreiben ein Paket Zigaretten ins Gefängnis geschickt. Die Nachricht von dieser Hohenzollern-Prinzengeste erschien niemandem verwunderlich, der das Auftreten dieses Oskar bei sogenannten „vaterländischen“ Kundgebungen beobachtet hat.

Nur der „Täglichen Rundschau“, dem Blatt mit der Prozentgesinnung, war die Meldung unglaublich gekommen. Aber heute früh muß sogar dies Organ eines im Zollern- und Gottesgläubigen so starken Mannes, wie Domprediger Doehring einer ist, leidvoll bekennen:

Es stellt sich nun leider heraus, daß die Meldung tatsächlich stimmt, und daß der Begleitbrief des Prinzen Oskar, der der Schachtel Zigaretten beigelegt war, echt ist. Wir müssen von diesem Tatbestand unseren Lesern Kenntnis geben, da dieser Fall in der Presse weiter erörtert werden wird, und da man damit rechnen muß, daß er noch zu lebhaften politischen Auseinandersetzungen führt.

Richtig, diese Zollern-Zigaretten für die eines Attentatsplanes auf den Reichsaussenminister beschuldigten und bringend verdächtigen Untersuchungsgefangenen, diese Zollern-Zigaretten werden noch lebhaft politische Auseinandersetzungen herbeiführen. Es hat nicht nur einen ausgleichenden Reiz, daß Stresemann dem Zollern-Sproß Wilhelm von Bieringen nach Dels verhalf und daß - zum Dant dafür der andere Zollern-Sproß den völkischen Attentäter auf Stresemanns Leben huldvoll Zigaretten mit Brief schickte. Es hat nicht nur persönlichen Reiz, wenn diese Liebesgabe gerade an Menschen erfolgte, die den schönen Reim fabrizierten: „Stresemann, verweise man!“ und hinzusetzten: „Das Schwein muß getödtet werden“. Der im Prozeß erwähnte Brief nach München mit diesen eindeutigen Bezeichnungen und Bedrohungen des Außenministers war seit Monaten bekannt, er hatte in der ganzen Presse wenigstens dem Sinne nach gestanden.

Deshalb ist die Zigarettensendung eine offene Sympathie - wenn nicht Solidaritätserklärung mit den des Attentats beschuldigten Völkischen. Diese Sympathieerklärung erfolgt durch einen Mann, der nach Angaben der Hohenzollern-Familie bisher fast hungern mußte. Was wird dieser Zollern erst beginnen, wenn die vom Landtag beschlossene Auseinandersetzung mit seiner Familie voll erfüllt ist! Durch wieviel Zigarettensendungen und Handschreiben soll die Zollern-Familie noch den Beweis ihrer Staatsfeindlichkeit liefern, bis Reichsregierung und Reichstag ihre republikanische Pflicht gegen sie erfüllen?

Ein juristischer Mißgriff.

Der Hochverratsprozeß gegen die K.P.D.-Zentrale.

Am 18. November ist beim Reichsgericht Termin für den Hochverratsprozeß gegen die K.P.D.-Zentrale wegen der Vorgänge vom Jahre 1923 angesetzt. Die kommunistische Fraktion wird aus diesem Anlaß ihren bereits zweimal gestellten Antrag, das Verfahren gegen die angeklagten Reichstagsabgeordneten einzustellen, wieder aufnehmen.

der Weiß. Wer ist dieser Alexander Weiß? Bis vor einigen Monaten war er der Hauptredakteur und geistige Leiter des „Abend“, eines vielgelesenen Blattes, das unabhängig von unserer Partei gleichwohl sozialistische Politik macht. Nicht immer in den hergebrachten und von strengem Verantwortungsgefühl bestimmten Formen unserer Sozialkritik und oft gar zu sehr auf Sensation zugeschnitten. Wenigstens so lange der besagte Alexander Weiß die Führung dieses Organes inne hatte. Die publizistischen Leistungen dieses Mannes waren nicht vom Geiste der Sozialdemokratie erfüllt, sondern vom Ungeiste einer wenig gewissenhaften und die Tatsachen in grobschlächtiger Weise mit Unterstellungen und Behauptungen vermengenden Sozialdemagogie, die in ihrer habnebüchernen Art ja häufig den Nagel an den Kopf traf, mitunter aber auch entstellende Färbungen hervorbrachte.

Eben aber wegen dieser Methode war Alexander Weiß in Wien ein von allen Bürgerlichen sehr gefürchteter Mann und er selbst gab sich den Anschein eines unbegreiflichen, unheimlichen Korruptionstörers. Da stellte sich plötzlich heraus, daß dieser Sittenrichter und unerbittlicher Ankläger, der als eiserner Cato galt, die Furcht der großen Finanzherrscher vor seinen „Enthüllungen“ ausgenutzt hat, um ihnen Schweigegelder im Betrage von Milliarden abzupressen. Er hat sich nicht bloß bestechen lassen, sondern hat, wenigstens im Falle Castiglioni, direkt mit dem vorgehaltenen Revolver gebrandtschagt. Der Cato entpuppte sich als Erpresser, als Revolverjournalist allergrößten Stils. Und er wurde in öffentlicher Verhandlung wegen Erpressung zu sieben Monaten schweren Kerker verurteilt. Gegen das Urteil läuft allerdings noch eine Berufung, aber wenn auch die juristische Qualifikation seiner Raubtaten noch nicht feststeht, über die moralische kann nach den Ergebnissen des Prozesses kein Zweifel mehr bestehen.

Nun ist aber, noch bevor die höhere Instanz entschieden hat, etwas geschehen, was wohl nur in Wien möglich ist. Dieser gebrandmarkt Alexander Weiß hat nicht bloß die Stirn, abermals als Zeitungsherausgeber vor die Öffentlichkeit zu treten, sondern sich auch wieder in Anklagepostur zu setzen — nur diesmal nicht wie ehemals gegen die bürgerliche Gesellschaft, sondern gegen die Sozialdemokratie. Er hat sich jetzt den Christlichsozialen verkauft, und es ist charakteristisch für unsere Verhältnisse, daß sich tatsächlich Leute finden, die ihn in den Dienst ihrer Sache stellen. Das von Alexander Weiß nunmehr geleitete Wochenblattchen „Das Tribunal“ sieht seine Aufgabe darin, durch ununterbrochene skrupellose Verleumdung der sozialdemokratischen Vertrauensmänner die Blide der Öffentlichkeit von dem Panama der bürgerlichen Regierung wegzulenken. Es arbeitet mit der raffinierten Verleumdungstechnik, die diesem Weiß zu Gebote steht, und die es ihm ermöglicht, durch Aufmachung, Fettdruck, anklägerische Redensarten und Ausbreitung eines aus nichtigem Klatsch gewonnenen „Materials“ den Anschein zu erwecken, als ob es bei uns wirklich Korruptionsaffären gäbe. Splitter werden da zu Felsblöcken aufgetürmt. Rücken werden zu Elefanten aufgeplustert, aber nicht der kleinste Taibestand, der unserer Partei zur Unehre gereichen könnte, ist in diesem Verleumdungstechnik wahrzunehmen. Es ist ein blödmacherischer Schwundel, aber den Bürgerlichen ist er willkommen. Auf einmal ist der Pressepirat Weiß, den sie noch vor einigen Wochen am liebsten in den Ortus hinabgeschleudert hätten, bei ihnen lieb Kind. Schmutzreden fallen die bürgerlichen Blätter die Insanien des „Tribunals“ nach und sprechen von Enthüllungen, wo es nur Entstellungen und offenkundige Verleumdungen gibt. Und schon ist die alberne Lüge, daß der Alexander Weiß, etwas über die Sozialdemokratie enthüllt habe, was ihrem moralischen Ansehen Abbruch tun könnte, auch hoffentlich nur als Rudesei — in die Berliner demokratische Presse gedrungen. Kunal der „Börsencourier“ ist mit einem Artikel „Enthüllte Enthüller“ dem Pressepiraten aufgesessen. Unsere Christlichsozialen aber

gedenken mit Alexander Weiß ihre Wahlkampagne zu bestreiten. Arm in Arm mit diesem von ihnen tief verachteten Weiß, Arm in Arm mit den bestochenen Cato und der Erpressung überführten Revolverjournalisten wird der Prälat Seipel in die Schlacht ziehen.

Der Lorbeer-Kranz von Landsberg.

Alles wird auf die Flüchtigen abgewälzt.

Von den Fememördern aus Rüstern sind Büsching und Fahlbuch flüchtig. Ihnen kann also, wie der Vorsitzende im Landsberger Prozeß gelegentlich bemerkte, der „Lorbeer-Kranz nicht gerecht werden“. Aber gerade deshalb scheint es, daß die gefassten Verbrecher alle Schuld auf Büsching und Fahlbuch abwälzen wollen. Ein Zeuge nach dem anderen wird aufgeboten, um zu bezeugen, daß Büsching ein gewalttätiger Mensch gewesen sei. Büsching steht aber nicht vor Gericht, sondern die anderen, die an den Schandtat mitschuldigen sind, und die jetzt unter Führung der deutschnationalen (!) Anwälte Sad und Hahn die Geschworenen auf die Flüchtlinge drossieren möchten, um von der eigenen Schuld abzulenken.

Aber Lorbeer, wem Lorbeer gebührt: Die Schulz und Raphael, die Kommandanten der „Schwarzen“ im Fort Gorgasi, haben die furchtbaren Barbareien gegen den armen Gröschke geduldet, ja selbst offen unterstützt. Und der Fall Gröschke war ja nicht der einzige dieser Art. Dieses zu Tode-Prügeln und schließlich der Fängelschub in den Hinterkopf, das sind ja die Kennzeichen all der Fememorde, die bisher bekannt geworden sind. Will man in Landsberg auf das Gleiche hinaus, wie vor dem Bomben-Gericht in Berlin? Hier wurden die für ihre „Truppen“ verantwortlichen Offiziere, die Senden und Gutzeit, freigesprochen, die „kleinen“ Glieder des Fememordes aber zum Tode verurteilt.

Soll sich ähnliches in Landsberg wiederholen? Alles scheint darauf hinzudeuten, den Schulz zu entlasten und die ganze Schwere der Anklage auf diejenigen fallen zu lassen, die nicht mehr gefast werden konnten. Warum eigentlich die Verhandlung gegen Schulz, Klapproth und Hahn neulich abgebrochen wurde, ist bis heute noch nicht recht klar geworden. Das „Auspacken“ des Schulz wurde doch nicht verhindert, warum also mußte abgebrochen werden?

Eine Vermutung steigt auf: In dem jetzigen Prozeß stellt die Verteidigung Fragen und Anträge, die der Vorsitzende als überflüssig ansieht. Mitten in der Auseinandersetzung über die Notwendigkeit stellt der Vorsitzende plötzlich die Frage: „Ja, Herr Rechtsanwalt, wollen Sie denn darauf hinarbeiten, daß wir hier die Verhandlungen gegen Schulz, Klapproth abtrennen und sie mit der Sache Gaedike verbinden?“

Peinliches Schweigen. Kein Antrag der Verteidigung: Jamohl, beide Klagen gegen Schulz und Klapproth gehören in ein Verfahren, da alle Handlungen einem Willensakt entsprechen sind. Wie gesagt, der Antrag wurde nicht gestellt. Warum nicht?

Allerdings — im Fall Gaedike sind zwei Anwälte anwesend, die als Vertreter des Mißhandelten und mit Mord Bedrohten die Rechte eines Rechtsanwälters haben. Die könnten freilich noch Fragen zu stellen haben, wenn der Wissensdurst des Vorsitzenden und des Staatsanwalts schon gelöscht wäre.

B. S. Landsberg, den 2. November 1926.

In der heutigen Verhandlung, die nach den bisherigen Dispositionen den Schluß der Beweisaufnahme bringen soll, wurde zunächst der Vater des ermordeten Gröschke, ein Arbeiter aus Frankfurt a. d. O., vernommen. Er schilderte seinen Sohn als etwas einseitig, aber guten Gemüts; er sei etwas ängstlich gewesen, einer politischen Partei habe er nicht angehört. Gegen den Willen des Vaters sei er von einem Freund namens Schönherter weggeholt worden und nach Rüstern gegangen, weil er anderwärts keine Arbeit fand.

Wie sie den Arbeiter schächten.

Von Emil Rath.

Im vergangenen Jahr starb ein Mann, der lange Jahre in der Nähe des Erzaisers zugebracht hat und das Hofleben aus eigener Erfahrung und am eigenen Leibe so kennen lernte, daß er, ein pflichttreuer Beamter vom alten Schrot und Korn, seinen Söhnen riet, alles andere zu werden, nur nicht Beamter. Denn nach seiner Ansicht mußte ein Beamter immer der Spielball seines nächsten Vorgesetzten sein, wollte er zu etwas kommen. Obwohl es diesem Manne — er war Oberpiqueur — ein Leichtes gewesen wäre, seine Söhne in einflußreiche Stellungen zu bringen, tat er es nicht. Er hatte zupiel gesehen und gehört.

Der Hundepark des Erzaisers besand sich früher auf dem Besitztum des Fürsten Leopold, mit dem sich Wilhelm nicht gut stand. Beide ließen den Kerger, den sie einander nicht anmerken lassen wollten, ihr Personal entgelten. Eines Tages ließ Leopold den Kammerdiener rufen. „Zigaretten!“ Der Kammerdiener bringt Zigaretten und Streichhölzer und bedient den Fürsten. „Stech er sich auch eine an!“ Der Kammerdiener gehorcht. „Stech er sich noch eine an!“ „Noch eine!“ Der unglückliche Kammerdiener stand da, zehn rauchende Zigaretten im Munde. Er rauchte mit dem Rute der Verzweiflung, dann sank er bewußtlos um. Der Fürst hatte einen Heidenpaß...

Seine Gemahlin trieb es nicht besser. Als die Jose ihr eines Morgens das Haar aufsteckt, läßt die Fürstin zwei Tassen Schokolade bringen. Sie trinkt, die Jose frisiert. Die zweite Tasse Schokolade ist schon kalt. Die Fürstin sagt freundlich: „Aber so trinken Sie doch!“ Heimliche Schadenfreude zuckt um ihre Mundwinkel. Die ohnungslose Jose trinkt die Schokolade, die ein starkes Abführmittel enthält. Dann bedient sie weiter. Starke Schmerzen im Unterleib stellen sich ein. Die Fürstin verfolgt im Spiegel gespannt das Mienenpiel der geplagten Jose. Diese beeilt sich, ihre Arbeit zu vollenden. Aber die Schmerzen sind so heftig — sie kann ihr Werk nicht vollenden und bittet die Fürstin mit tonloser Stimme um einige Minuten Urlaub. Höflich gewährt die Fürstin diese Bitte. Nur wenige Schritte kann die Jose tun — und die Fürstin kann abends den Hofdamen von dem wunderbaren Spah erzählen, den sie mit ihrer Jose gehabt.

Die Schikanen des Fürsten Leopold führten schließlich dazu, daß bei Sacrom ein neuer Hundepark gebaut wurde, selbstverständlich mit allem Komfort — für die Hunde. Ehe die Hundezwinger belegt werden, ist selbstverständlich Inspektion. Alles, was Oberpiqueur bis zum geringsten Hundewärter muß in grüner Uniform erscheinen. Freiherr von Reipnitz nimmt sozusagen Parade ab.

„Ist ja fabelhaft, nicht? Oberpiqueur L., haben Sie noch irgend-einen Wunsch?“

Und der Oberpiqueur, der Herz und Mund auf dem rechten Fleck hat, tritt vor: „Jamohl, Euer Excellenz. Es fehlt an einer Badegelegenheit für das Personal. Könnte nicht —“

Der Freiherr schaut ihn einen Augenblick sprachlos an, dann quält er los: „Badegelegenheit? Aber da ist doch der Sacromer See, da können Sie doch alle abends Ihren Dreck abspülen, ha?“

Die Befürchtung ist beendet. Gnädig fragt der Freiherr: „Haben Sie sonst noch was?“

„Jamohl, Excellenz. Der alte Wärter hat Kinder und muß jeden Morgen eineinhalb Stunden Weg machen, um für seine Kinder Milch zu holen. Ich möchte Euer Excellenz bitten, für den alten Mann vielleicht einen kleinen Stall bauen zu lassen!“

Da kommt der Oberpiqueur schon an! „Was fällt Ihnen denn ein? Sie haben sich gar nicht um das Wohl der anderen zu kümmern. Kommen Sie mir noch einmal mit solcher Sache, sind Sie entlassen!“ Der Oberpiqueur hatte verstanden. Die Hundekreatur durfte in geräumigen Zwingern hausen, bekam das beste zu fressen, wurde gepflegt, gebadet — aber die andere Kreatur, Mensch genannt, brauchte dergleichen nicht. Sie hatte unten zu liegen, Schmelz für der Herren Füße, sie hatte sich treten zu lassen, sie konnte Staub und Schmutz des Alltags mit hinüber nehmen in den kurzen Schlummer, auch dort noch verfolgt von den häßlichen Kobolden, den Lauenen ihrer Herren.

Man sagt, die glücklichen Sklaven wären die größten Feinde der Freiheit. Daß diese Sklaven glücklich waren, wird niemand behaupten. Sie lebten beständig in Furcht und Zittern. Denn auch er, der Doorngetrönte, war unberechenbar launisch und ließ seine Umgebung diese schlechte Laune furchtbar entgelten. Hie Gottes Gnaden — hie Herdenvieh.

Mars-Kummel.

Die größte Erdnähe des Mars, die Ende Oktober erreicht wurde, hat — zumindest in der angelsächsischen Welt — merkwürdige Früchte gezeitigt. Zwar waren die Astronomen selbst durch das schlechte Wetter außer Aktion gesetzt, aber um so aufgeregter gabardeten sich die Leute, die ein Rad zu viel im Kopfe haben. Obwohl die Gelehrten immer wieder auf die Unmöglichkeit der Annahme verwiesen haben, mit unseren Apparaten Marssignale aufzunehmen zu können, haben Tausende und aber Tausende ganze Nächte lang an ihren Apparaten gesessen und nach einer Botschaft vom Nachbarplaneten ausgespäht. Natürlich wurden auch diesmal wieder Geräuße gehört, für die es „keine Erklärungen von dieser Welt“ gäbe.

Die von früher her gemachten Erscheinungen wurden jedoch diesmal durch eine Episode vermehrt, die zwar nicht dem gesunden Menschenverstandes ihres Urhebers, wohl aber dem Humor der englischen Behörden das günstigste Zeugnis ausstellt. Am Abend des 27. Oktober trat der in theosophischen und spiritualistischen Kreisen wohlbekannte Dr. Mansfield Robinson an einen Schalter des Londoner Hauptpostamtes und wünschte ein drahtloses Telegramm aufzugeben. Das Telegramm trug die Adresse des Mars, durch M.M.

Die nächste Zeugin ist die Mutter der Brüder Klapproth, die auf die Frage des Vorsitzenden, ob sie auslagern wolle, resolut erklart: „Ich kann alles beschwören, ich lüge nicht.“ Vor: „Was war der Grund für ein Kind? Zeugin: Ein sehr gutes Kind. Wir hatten in Westpreußen 80 Morgen Landwirtschaft, aber er wollte kein Soldat werden und ging zum Seebataillon. Wir konnten uns keine besseren Jungen wünschen. Er war stets gehorsam und hat uns nie ein böses Wort gesagt. In einer Verlammlung in Königsberg (Neumark) hat er dann Schulz kennengelernt. Nachdem wir nach Greifenhagen gezogen waren, wollte mein Sohn ins Ausland gehen, weil er sich zu Hause nicht wohl fühlte. Er blieb aber in Rüstern hängen. Auf Befragen von Justizrat Hahn bezeugt die Zeugin weiter, daß im Juni 1923 „ein Herr Büsching“ zu ihr nach Greifenhagen gekommen und bei ihr ein paar Tage gewohnt habe. Kurz danach sei ihr Sohn Erich nach Hause gekommen und sei ganz wütend geworden, als er von Büschings Besuch hörte. Er habe ihr ein für allemal verboten, Büsching wieder aufzunehmen und habe dabei die Versicherung getan: Was der den armen Jungen eingebracht hat, Erich habe auch seinen Bruder Will mit zu den Soldaten geholt und seiner Mutter geschworen, daß mit dem Bruder nichts geschehen werde, was das Tageslicht scheuen müsse. Das war mein Verbrechen, so erklärte die Zeugin, denn ich wußte doch, es war etwas mit Munition und Waffen und durfte nicht sein.

Der ehemalige Adjutant Buscharders, Oberleutnant Voigt, bekundete ebenfalls, daß er von einer Todesstrafe für Verräter nie etwas gehört habe. Wenn auch in den Arbeitskommandos offiziell keine Disziplinalgewalt bestand, so hätten sich die Leute doch einer solchen von selbst unterworfen und bei Vergehen in Arrest schicken lassen. Oberleutnant Voigt schilderte dann Büsching als einen sehr gewalttätigen Menschen, von dem er ohne weiteres annehmen konnte, daß er Oberleutnant Raphael eventuell bedroht hätte. Er, der Zeuge selbst, habe mit Büsching ein gefährliches Rencontre gehabt. Vor: Ihre persönliche Ehre als aktiver Offizier mußte doch durch die Bedrohung durch einen Feindwibel leiden. Zeuge: Ich habe damals auch geschwankt, ob ich Büsching niederstrecken sollte, habe aber Abstand genommen, und nur Schulz gemeldet, was vorgefallen war, mit der Bitte, Büsching nicht wieder nach Rüstern zu schicken. Am selben Tag war auch die Autofahrt Büsching und Fahlbuch, bei der sich eine Schießerei ereignete.

Major Herber bekundete, daß man damals in Rüstern mit kommunikativen Angriffen gerechnet und Abwehrmaßnahmen getroffen hätte. Die Kommunisten hätten immer wieder versucht, Spigel in die Arbeitskommandos zu entsenden. Auch dieser Zeuge schildert Büsching als rabiaten gefährlichen Menschen. Es sei aber keine Rede davon, daß Schulz den Büsching gedeckt hätte. Die Verhandlung geht weiter.

Die Sachsenwahl.

Die neuen sozialistischen Abgeordneten.

Dresden, 2. November. (Eigener Drahtbericht.) Im Wahlkreis Dresden sind als sozialdemokratische Abgeordnete gewählt: die Genossen Arzt, Schulz, Genossin Thümmel, Genossen Wedel, Doppert, Edel, Wehle, Renke, Schleinig, Ebert, Schwarz (Heidenau), Geiser. Alle Sozialdemokratie Sachsen: Bud, Wirth. Es heißt, daß Bud auf das Mandat verzichten werde, so daß Parteisekretär Beilke an seine Stelle nachrückt.

Im Wahlkreis Leipzig: Sozialdemokraten: Genosse Liebmann, Genossin Schilling, die Genossen Rucker (Burgen), Neu und Rebrig (Leipzig), Müller (Mittweida), Denhardt und Terfel (Leipzig), Vogel (Döbeln), Genossin Bauer (Leipzig). Alle Sozialdemokratische Partei: Landtagsabgeordneter Hagen.

Im Wahlkreis Chemnitz: Sozialdemokraten: die Genossen Bödel, Graupe, Siegnoth, Genossin Schlag, Kauffch, Hartsh, Gerlach, Müller, Herrmann Alle Sozialdemokratische Sachsen: Müller (Innenminister).

Der Vizepräsident des Reichstages, Dr. Bell, hat wegen seiner Ernennung zum Reichsjustizminister sein Amt im Reichstag niedergelegt. Sein Nachfolger als Vizepräsident dürfte voraussichtlich auf Vorschlag des Zentrums der Abg. Esser werden.

Der Verband der Preussischen Landgemeinden hält am 13. November, den diesjährigen (dritten) Preussischen Landgemeindetag ab. Auf dieser Tagung werden u. a. sprechen: Reichsminister des Innern Dr. Kütz, Reichsfinanzminister Dr. Reinhold bzw. Dr. Bopp, Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung Dr. Beder, preussischer Minister des Innern Grzesinski.

ausgedrückt und bestand aus den folgenden, angehängt in der Sprache der Marsbewohner gehaltenen Worten: „Dpesti, Ripita, Secomba“. Die Kenntnis dieser Worte wollte der Verfasser dieser Botschaft auf offstem Wege erhalten haben. Der diensthabende Beamte in der Zentralradiostation ließ sich durch diese neue Aufgabe keineswegs beirren. Er machte den Ueberbringer des Telegramms pflichtschuldigst darauf aufmerksam, daß die Post „keinerlei Garantie für den Empfang des Telegramms“ übernehmen könne, und verrechnete hierauf jeleinerhalb 1,6 Schilling für jedes Wort, d. h. die Gebühr der Station Rugby für ihre Fernmeldungen an Schiffe usw. Zugleich versicherte er, daß Rugby die Botschaft auf ihrer größten Wellenlänge 18 240 wunschgemäß zwischen 11 Uhr 55 und Mitternacht in den Äther senden werde. Pressevertretern gegenüber hat der Beamte erklärt, die Reichweite der Station Rugby erstreckt sich über die ganze Erde. Ueber ihre Zuverlässigkeit im planetarischen System könne er nichts Bestimmtes aussagen.

Uebrigens war dieses Telegramm nur eine Episode in den Beziehungen des Dr. Robinson, der im Privatleben Steuerbeamter ist, zum Mars. Dr. Robinson hat nämlich mitgeteilt, daß er seit längerer Zeit in regelmäßiger Verbindung mit dem Mars stehe. Als Vermittler diene ihm dabei eine von ihm erfundene Maschine: ein an einer Nadel aufgehängtes Aluminium-Rolleferkreuz. „Durch dieses Instrument“, so erklärt Robinson, „welches das Verbindungsglied zwischen Geist und Materie bildet, habe ich die Verbindung mit einer Frau auf dem Mars mit Namen Maroruru aufgenommen. Die Marsbewohner“, so hat ihn offenbar seine Parageliebte unterrichtet, „sind zweieinhalb Meter groß und schlank. Sie haben riesige Ohren und dichten Haarwuchs. Ihr Gesichtsausdruck ähnelt dem der Chinesen. Sie rauchen Pfeife, trinken Tee aus Teetöpfen mit langen Schnäbeln und fahren in Autos. Diese Autos sind elektrisch betrieben und laufen auf Schienen, die vom Staate mit Elektrizität versorgt werden. Auch ihre großen Luftschiffe werden elektrisch betrieben. Die Elektrizität wird aus den Kanälen und Gebirgswasserfällen gewonnen.“

Gallspiel Nepura. In der Städtischen Ober wird von Nepura, der neue Caruso, am 5. November in „Miguelto“ den Herzog und am 8. November in „Lofca“ den Cabardolli spielen. Nepura in vom Unterhaltungsstudium zum Theater übergegangen. 17. Jahre lang er in Warschau und kam dann nach Wien, wo er entsetzt wurde.

Vorträge. Am Donnerstag, 8. Uhr, spricht in der Physikalischen Gesellschaft (Kurfirstendamm 45) Dr. R. M. Schulz über „Reichentum und Energie“ über die physikalischen Grundlagen der Demonstrationen. Zutritt von Nichtmitgliedern durch Dr. Koll, Berlin W 15, Kurfirstendamm 45.

Große Dürer-Ausstellung in Nürnberg. Am Jahre 1929 wird sich die Lobesfeier Dürers zum 400. Male feiern. Aus diesem Anlaß beabsichtigt man in Nürnberg verschiedene Veranstaltungen. Neben Vorträgen, Festspielen und Tagungen ist als Mittelpunkt eine Dürer-Ausstellung geplant, die Dürers Werte in bis jetzt noch nie geheimer Vollständigkeit zusammenfassen soll. Mit den Vorbereitungen wurde bereits begonnen.

Die Vertreter der Zeitungswissenschaft an den deutschen Hochschulen haben eine Arbeitsgemeinschaft errichtet. Das Sekretariat befindet sich im Deutschen Institut für Zeitungswissenschaft, Berlin NW 7, Unterfischdamm 7.

Zum Tode des Genossen Dismann. Beileid des Parteivorstandes.

Genosse Hermann Müller hat im Namen des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei und des Vorstandes der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion dem Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Stuttgart folgendes Beileidstelegramm gesandt:

„Angelehnt des so plötzlichen und tragischen Todes Eures Vorstehenden, unseres Genossen Robert Dismann, sagen wir Euch unser herzlichstes Beileid. Der Vorstand der deutschen Sozialdemokratie wird dem unermüdeten Streiter, die Reichstagsfraktion dem geschätzten Kollegen dauernd ein ehrendes Andenken bewahren.“

Sozialisten im Völkerbunde. Paul Boncour's Mitarbeit gebilligt.

Paris, 2. November. (Eigener Drahtbericht.) Der Nationalrat der Sozialistischen Partei, der in später Nacht zu Ende gegangen ist, hat mit 294 gegen 104 Stimmen das Mandat Paul Boncour's als Delegierter Frankreichs beim Völkerbund bestätigt. Der Abstimmung ging eine lange Debatte voraus, im Laufe deren Paul Boncour eine Rede über Zweck und Ziele des Völkerbundes und die Notwendigkeit der Anwesenheit eines Vertreters des französischen Sozialismus in Genf hielt. Er ging davon aus, daß die Frage der Beibehaltung seines Mandats in Genf zuerst vom Sekretär der sozialistischen Internationalen hier aufgeworfen worden sei. Die Beschlüsse des Völkerrates seien aber verfehlt gewesen, denn alle sozialistischen Delegierten in Genf hätten sich nach und nach gegen Boncour, Auffassung über die Frage der Entwaffnung angeschlossen. Die Internationale habe sich zugunsten der Mitwirkung der Sozialisten im Völkerbunde ausgesprochen. Die Zurückziehung des Vertreters des französischen Sozialismus in dem Augenblick, wo die deutschen Sozialisten und die Sozialisten anderer Länder in Genf weiter tagen, würde bedeuten, daß Frankreich bereit ist, eine Politik zu treiben, die mit den Interessen aller anderen Nationen in Widerspruch steht. Der Völkerrat, fuhr Paul Boncour fort, entwickle sich wie alles Menschenwerk. Anfangs sei er eine große Idee gewesen, doch nach der Unterzeichnung des Versailler Vertrages nur noch der Ausdruck der Siegerstaaten. Wir können deshalb nicht in dem Augenblick, wo er durch den Eintritt Deutschlands aufgehört, dies zu sein, zurücktreten. Die Auffassung Paul Boncour's wurde von zahlreichen Rednern nach ihm bekräftigt. Es wurde dann eine Resolution eingebracht, in der festgesetzt wird, daß beim Völkerbund der Friedenswille, den die französischen Wahlen vom 11. Mai verlangen, zum Ausdruck gekommen sei, und daß es daher unzulässig wäre, den Rücktritt Paul Boncour's als Delegierten zu fordern. Sodann wurde Paul Boncour aufgefordert, die Partei über die Arbeiten des Genfer Völkerbundes auf dem laufenden zu halten und sie von den Schwierigkeiten zu unterrichten, die seinem Mandat in Genf entgegenstehen könnten.

Recht und Gerechtigkeit.

Ein junger Möbelschreiner, der Sohn einer kranklichen Mutter, war seit längerer Zeit arbeitslos. Er bekam eine tägliche Arbeitslosenunterstützung von 98 Pfennig. Sonntags bekam er, wie alle Arbeitslosen, nichts, da an diesem Tage hauptsächlich die feierliche Stimmung an Stelle der sonst üblichen „Freude“ am Essen tritt. Die 98 Pfennig erhielt der Arbeitslose jedoch nicht ohne weiteres. Er mußte sich vielmehr jeden Tag bei seiner Weibestelle einfinden, wo ihm dann sein Erscheinen auf einer Vormerkkarte von einer Kantiengehilfin bestätigt wurde. Nun kam der junge Mann an einem Freitagabend in Gesellschaft einiger Freunde, die Zahlung gehabt und ihn deshalb ansehend mit etwas Bier traktiert hatten, auf den verdrückten Gedanken, die Unterschrift der Beamten nachzuahmen, um sich so schon im voraus zu bestätigen, daß er sich am andern Tage bei der Weibestelle eingefunden habe. Er ging dann auch am andern Morgen nicht zur Weibestelle. Als er aber in der darauffolgenden Woche keine Arbeitslosenunterstützung — sechs mal 98 Pfennig — abholen wollte, wurde die falsche Unterschrift entdeckt. Das Geld wurde nicht ausgehändigt, sondern Anzeige erstattet! Dem selbsterklärend unbescholtenen, bescheiden aussehenden jungen Menschen blühte daraufhin ein Strafverfahren, denn er hatte sich ja nicht mehr und nicht weniger als ein „Zuchtunwürdiges Verbrechen“ zuschulden kommen lassen. Denn erstens ist die Weibestelle von einer „öffentlichen Behörde“ ausgestellt und sie wird damit eine „zum Beweise von Rechten oder Rechtsverhältnissen erhebliche öffentliche Urkunde“. Die falsche Namensunterschrift auf dieser, schafft den Tatbestand der „öffentlichen Urkundenfälschung“. Da der Unglückliche diese Fälschung aber in „gewinnstüchtiger Absicht“ begangen hat, entfällt der Tatbestand der „erwerblichen öffentlichen Urkundenfälschung“ die mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren zu bestrafen ist. Sind mildere Umstände vorhanden, so tritt Gefängnisstrafe nicht unter 3 Monaten ein. Zu allem hin hat sich der Betroffene noch eines Vergehens des verurteilten Betruges schuldig gemacht. Und wegen all dieser Dingen steht er vor dem Richter.

Der „Verbrecher“ machte geltend, daß ihm seine „Freunde“ erst nach der Aufhebung der Fälschung zum Bewußtsein gebracht hätten, was er getan habe. Er habe bis dahin gar nichts davon gewußt, wahrscheinlich sei er unter dem Eindruck des Alkohols gestanden. Bei dem geringen Betrag sei ihm eine Betrugsabsicht natürlich ferngelegen. In anerkannter Weise bemüht sich auch der Richter den Versuch zu machen, einen anderen Tatbestand zu konstruieren, indem er den Beamten des Arbeitsamtes fragt, ob der Angeklagte, der ja in der Tat arbeitslos war, nicht auch ohne Meldung Anspruch auf die Unterstützung gehabt habe. Dies wird von dem Beamten verneint!

Der Staatsanwalt beantragt daraufhin die gefällige Mindeststrafe von 3 Monaten Gefängnis. Aber auch er ist Mensch genug, dem Gericht wenigstens „anheimzustellen“, es möge den Angeklagten zur bedingten Begnadigung empfehlen. Das Gericht, der Richter und die beiden Schöffen sprachen die durch den Tatbestand geschaffene Mindeststrafe aus. Denn das Gericht will es, daß dieser junge, bisher frohlockende Mensch für alle Zeiten damit belastet wird, daß in seinem Vorstrafenzeugnis eingetragen wird: „er habe sich eines Verbrechens der erwerblichen Fälschung einer öffentlichen Urkunde schuldig gemacht, wofür er mit 3 Monaten Gefängnis zu bestrafen war!“ Wegen 98 Reichspfennigen! Aber er wurde ja der Begnadigung empfohlen! Wo Gerechtigkeit herrscht, braucht man keine Gnade! Bei uns ist sie also nach Ansicht des Gerichtes selbst nicht vorhanden!

Mittelfeuer.

Ein gefährliches Feuer entstand gestern in dem Dachstuhl einer Villa in der Otto-Erich-Str. 8 zu Wannsee. Obgleich die Wehren nach kurzer Zeit zur Stelle waren, brannte ein großer Teil des Dachstuhles bereits lichterloh. Unter Leitung des Oberbrandmeisters Kiepertohl wurde von zwei Seiten ein umfassender Völkangriff unternommen. Nahezu zwei Stunden lang mußte aus mehreren Rohren Wasser gegeben werden. Der Dachstuhl ist zum größten Teil vernichtet, einige Mansardendächern wurden gleichfalls ein Raub der Flammen. Nebenliegende Räume haben unter Wasserbeschaden gelitten. Immerhin ist es dem

taikräftigen Eingreifen der Wehren zu verdanken, daß kein noch größerer Schaden entstanden ist. Die Aufräumungsarbeiten zogen sich bis in die Nachmittagsstunden hin. Die Entschädigungsurteile sind noch nicht gefällt.

Doppelselbstmord eines Ehepaares. Aus Gram über den Tod des Kindes.

Eine furchtbare Tragödie spielte sich in der Nacht vom Montag zum Dienstag in dem Hause Bergmannstraße 30 ab. Mieter, die sich des morgens an ihre Arbeitsstellen begeben wollten, nahmen auf dem Treppentritt einen starken Gasgeruch wahr, der aus der Wohnung des 34-jährigen Kaufmanns Willi Parahert drang. Als auf wiederholte Klopf- und Klingelzeichen nicht geantwortet wurde, schloß man Verdracht und rief nichts Gutes ahnend die Feuerwehr und die Polizei herbei. Die Beamten verschafften sich gewaltsam Eingang in die Wohnung. In dem mit Leuchtgas angefüllten Schlafzimmer wurde P. und dessen 31-jährige Ehefrau Gertrud tot aufgefunden. Sofort angeordnete Wiederbelebungsversuche blieben trotz längerer Bemühungen ohne Erfolg. Ein hinzugerufener Arzt stellte den Tod fest, der bereits einige Zeit vor der Entdeckung eingetreten sein mußte. Wie aus hinterlassenen Briefen hervorgeht, hat das Ehepaar aus Gram über den Tod des einzigen Kindes, das vor kurzer Zeit zu Grabe getragen wurde, gemeinsam den Tod gesucht. Die Leichen wurden beschlagnahmt und nach dem Schauhaus gebracht.

Die vergessene Schloßbrücke.

Die Charlottenburger Schloßbrücke ist nunmehr ein Jahr für den Verkehr gesperrt. In einer städtischen Versammlung der Bewohner von Charlottenburg-Nord wurde zu den durch die Brückenperierung geschaffenen unerfreulichen Zuständen Stellung genommen. Im einleitenden Referat schilderte der Bezirksverordneter Hejer die Bemühungen der Bezirksversammlung um den Neubau der Brücke. Eine bedauerliche Verzögerung erfährt die Angelegenheit dadurch, daß die Schloßbrücke die einzige Berliner Brücke in Staatsbesitz ist. Erst in jüngster Zeit seien die Verhandlungen dahin gediehen, daß Berlin gegen einen vom Staate zu gewährenden Baukostenzuschuß die Brücke übernehmen will. Die Einwohnererschaft wende sich nun an die zuständigen Instanzen, nunmehr auch schnellstens den Bau in Angriff zu nehmen. Genosse Dr. Kawerau legte den Standpunkt unserer Stadtverordnetenfraktion dar, die bereits im Mai in einer Anfrage diese Mißstände gerügt habe. Die Unannehmlichkeiten für die Passanten, zum größten Teil Arbeiter der in Siemensstadt und Nord-Charlottenburg gelegenen Betriebe, die Nachteile für die anwohnenden Gewerbetreibenden und Geschäftsleute müssen endlich beseitigt werden. Die Fußgängerbrücke diene in keiner Weise zur Bewältigung des starken Verkehrs. (Die Schloßbrücke stand unter den am stärksten frequentierten Verkehrspunkten Berlins an fünfter Stelle.) — Die nahegelegene Caprioli-Brücke bringe ebenfalls keine nennenswerte Entlastung, da sich die Semmeringstraße in einem besonders üblen Zustand befindet. Von Interesse war, daß, wie Genosse Kawerau mittelste, auch die Hohenzollernbrücke bei dem Brückenbau eine Rolle spielte. Die neue Schloßbrücke soll nämlich verbreitert und zu diesem Zweck ein Streifen vom Schloßpark abgetrennt werden. Solange nun nicht festgestellt, wem das Schloß bzw. der Park gehören sollte, behinderte auch dieser Umstand den Gang der Verhandlungen. Unsere Fraktion will dafür eintreten, daß nunmehr, nachdem auch die Mittel bewilligt sind, mit dem Bau begonnen wird. Dem anwesenden Vertreter des Bezirksamtes wurde in der Diskussion bittere Wahrheit gesagt. Der kommunistische Redner fand bei dem Versuch, eine der üblichen Agitationsreden zu halten, bei der für den Zweck der Versammlung sachlich eingestellten Zuhörerschaft keine Gegenliebe. — Nach Annahme einer Entschließung wurde eine fünfgliedrige Kommission gewählt. Sie hat die Aufgabe, mit allem Nachdruck die in der Entschließung aufgestellten Forderungen bei den zuständigen Behörden zu vertreten.

Mißglückte Versammlungssprengung.

In der öffentlichen gut besuchten Versammlung in Hohen-Schönhausen, in der der vorgesehene Referent zu sprechen verhindert war, hatte Genosse Paul Judritan das Referat übernommen. Gleich nach Eröffnung der Versammlung versuchten die anwesenden Kommunisten Terror auszuüben. Von dem Versammlungsleiter wurde darauf hingewiesen, daß die Hohen-Schönhauser Bevölkerung sich diese Art der Aufstörung durch die Kommunisten verbitte, und wenn die Kommunisten die Versammlung nicht ruhig anhörten, würden sie aus dem Saal gewiesen werden. Nachdem der Referent zuerst tatsächlich auch ruhig angehört wurde, setzte aber der Völk der Kommunisten bald wieder ein. Sofort wurden einzelne Aufbeistörer aus dem Saal gewiesen. Als die übrigen nun sahen, daß sie mit ihrer dauernden Störung nicht durchkamen, erklärte der von Berlin herbeigerufene Redner der Kommunisten, daß seine Parteifreunde den Saal verlassen möchten. 15 Versammlungsbesucher, meist junge Leute, verließen darauf den Saal, und die Versammlung konnte ungehindert ihren Verlauf nehmen. Die Versammlung legte wieder einen Beweis dafür ab, daß, wenn unsere Genossen energisch den Kommunisten entgegengetreten, die Störung der Versammlung verhindert werden kann. Es war die erste Versammlung, die nicht von den Kommunisten gesprengt worden ist. Die Versammlungsteilnehmer erklärten sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und gelobten, sich der Sozialdemokratischen Partei anzuschließen und die sozialdemokratische Presse zu abonnieren.

Der Tod im Dienst. Ein folgenschweres Unglück trug sich heute früh gegen 5 Uhr auf dem Güterbahnhof Pantow zu. Der 49-jährige Eisenbahnbeamte Karl Dessau aus Labegurg bei Bernau wollte die Gleise überschreiten und überfah eine in schneller Fahrt heran kommende Rangierlokomotive. Dessau wurde von der Maschine erfasst und zu Boden geschleudert, wo er schwer verletzt und bewußtlos liegen blieb. Durch einen Wagon des städtischen Rettungsdienstes wurde der Verunglückte in das Pantower Kreisstranienhaus geschafft, wo ein doppelter Schädelbruch und innere Verletzungen festgestellt wurden. Nützliche Hilfe war aber bereits vergebens, vormittags gegen 8 Uhr trat der Tod ein.

Das Außeninstitut der Technischen Hochschule Berlin veranstaltet jetzt eine Reihe von Hochschulvorträgen — keine populärwissenschaftlichen Vorträge —, zu denen jedermann zugelassen wird, der auf Grund seiner allgemeinen Vorbildung oder Spezialausbildung glaubt, ihnen folgen zu können. Mit dem 1. November begannen folgende Vortragsreihen: 1. Elektrische Messgeräte und ihre Anwendungen in der Technik. 8 Vorträge. Montags pünktlich 6 1/2 bis 8 Uhr abends; Hörsaal EB. Teilnehmerkarten 12 M. (für Mitglieder des Elektrotechnischen Vereins 8 M., für Angehörige aller Hochschulen 4 M.). 1. 8., 15., 22., 29. November, 6., 13., 20. Dezember. 2. Technische Sonderbedürfnisse im Ausland. Cima 10 Vorträge. Mittwochs 6 bis 8 Uhr abends; Hörsaal H 120. Beginn wahrscheinlich 3. November. Genaueres Programm und Kartenpreise werden noch bekanntgegeben. 3. Vorführung technischer Filme (vierzehntägig). Donnerstags 4 bis 6 Uhr; Hörsaal EB 301. Einzelkarten je 1 M. (für Angehörige aller Hochschulen je 0,50 M.). Beginn 4. November mit dem SKF-Kormalfilm. Der Film zeigt die Herstellung von Augen-Rohrgläsern von der Gewinnung der Rohstoffe (Holz, Glas) an. 4. Luftverfehrstechnik. 6 Vorträge und Besichtigung des Flughafen-Tempelhof (Freistage werden ausgelassen). Freitags 6 bis 8 Uhr abends; Hörsaal H 120. Teilnehmerkarten 5 M. (für Angehörige aller Hochschulen 2,50 M.). 5., 12., 19., 26. November, 3., 10. Dezember. Karten und Programme im Außeninstitut der Technischen Hochschule, Charlottenburg, Berliner Str. 171, Zimmer 137, bei Hil. Koch und soweit vorhanden — ohne Gewähr! — an der Abendkasse.

Die Messerstecherei auf dem Wilhelmplatz. In der Notwehr gehandelt?

Kocher, als man erwarten konnte, ist die schwere Missetat auf dem Wilhelmplatz in Charlottenburg, die zwei Menschenleben forderte, aufgeklärt worden. Wie wir berichteten, wurden gestern spät abends unter dem Verdacht der Täterschaft der 17 Jahre alte Fensterputzer Emil Cieslok und sein Bruder, der 26 Jahre alte Fensterputzer Georg Cieslok, die zusammen in der Grotmannstraße wohnen, festgenommen und nach dem Polizeipräsidium gebracht. Nach anfänglichem Leugnen legten sie nach im Laufe der letzten Nacht ein Geständnis dahin ab, daß Emil gestochen und Georg mit einem Stock auf seine Gegner eingeschlagen habe.

Beide waren am Sonntag abend mit einer Freundin in den Germania-Sälen gewesen. Die Nachforschungen ergaben, daß es sich um eine 20 Jahre alte Elfriede B. handelte, die von den Beamten der Mordkommission alsbald in einem Pensionat in der Kaiser-Allee ermittelt wurde. Zur Rede gestellt, wollte sie von dem verhängnisvollen Streik zuerst nichts wissen. Sie gab dann an, daß sie um 9 Uhr am Anle ein Stellchen mit ein in jungen Renne habe, der sich auf dem Tanzboden „Iwan“ genannt habe. Dieser „Iwan“ erschien denn auch an der verabredeten Stelle, begrüßte seine Freundin, wurde von den Beamten festgenommen und mit dem Mädchen nach dem Polizeipräsidium gebracht. Dorthin wurde aus seiner Wohnung auch sein Bruder Georg geholt. Beide leugnen erst. Unterdessen hatten aber die Beamten durch eine Hausdurchsuchung und Zeugenvernehmungen schon erdrückendes Beweismaterial zusammengetragen, u. a. hatten sie in der Wohnung einen blutbesetzten Rock gefunden. Emil war durch einen Boghieb auch das Rasendein zertrümmert. Unter der Last der Beweise legten beide spät in der Nacht ein Geständnis ab. Sie behaupten aber, in der Notwehr gehandelt zu haben.

Diese Darstellung wird auch durch einige Zeugenaussagen gestützt, wenn ihr auch einige andere widersprechen. Ein 22 Jahre alter Chauffeur Walter Kretschmann, der ebenfalls festgenommen wurde, gibt zu, daß er dem Emil Cieslok die Freundin abspenstig machen wollte und ihn schon im Saale mit seinem Revolver bedrohte. Die beiden Brüder wollten darauf den Tanzsaal verlassen. Sie gaben der Freundin ihre Kleidermarken, um selbst unbemerkt entfliehen zu können. Kretschmann und seine Freunde hatten sich aber bereits in der Garderobe angesammelt und begannen hier, die beiden Ciesloks zu schlagen. Ein Boghieb des Chauffeurs Wilabst zertrümmerte Emil Cieslok das Rasendein. Der ganze Schwarm drängte nun auf die Straße, den Wilhelmplatz, hinaus, wo die Schlägerei fortgesetzt wurde. Hier standen den Brüdern an die 20 junge Burichen entgegen, die insolge gewisser Reigungen miteinander eng bekannt waren fest zusammenhielten. In dieser gefährlichen Lage erhielt Emil Cieslok, wie er behauptet, von einem etwa 35 Jahre alten Mann, der mit in den Tumult hineingeraten war, ein Messer zugesteckt mit der Aufforderung, sich zu wehren. Der ältere Bruder will plötzlich einen Stock in der Hand gehabt haben. Ob er ihn einem anderen entrisen oder ob ihm dieser den Stock zur Abwehr der Uebermacht gegeben hat, weiß er nicht mehr. Da von allen Seiten weiter auf sie eingeschlagen wurden, machte nun Emil von dem Messer Gebrauch, während er in gebückter Stellung wichtige Hiebe auf Kopf und Rachen erhielt, nach er um sich ohne zu wissen, ob er tral. Sein Bruder wehrte sich mit dem Stock gegen die Uebermacht. Als die beiden Männer, Wilabst und Liebenow, unter den tödlichen Stichen schreiend zusammenbrachen, lief die ganze Menge davon. Die beiden Ciesloks brachten die Beiersdorf nach dem Pensionat und gingen dann heim.

In selbstmörderischer Absicht warf sich gestern nacht gegen 11 Uhr ein bisher noch unbekanntes etwa zwanzigjähriges junges Mädchen auf dem Bahnhof Lichtenberg-Friedrichsfelde vor den einfahrenden Stadtbahnzug. Der Unglücklichen wurde der Kopf vom Rumpf getrennt, sie war sofort tot.

Eine öffentliche Veranlassung der Vereinigung der Berliner Gemeindefunktionäre findet am Sonntag, den 6. November 1926, abends 7 1/2 Uhr, in der Aula des Kaiser-Friedrich-Realgymnasiums, Reichstr. 11, statt. Der Eintritt kostet 25 Pf. Die Leiter der Bremer Versuchsschulen sprechen über das Thema „Vollschuldenheim und die Möglichkeit ihrer Errichtung“.

Kommunisten und Verkehrsarbeiter.

Der Kommunist Peter als Streikabwürger.

Die Lohnbewegung bei der Hochbahn und der Abwoag ist erfolgreich beendet worden, ohne daß die Angestellten in den Streik zu treten brauchen. Gemäß ist das Ergebnis der Lohnbewegung nicht so, daß es die Angestellten voll befriedigen könnte. Wenn man jedoch das Organisationsverhältnis der Angestellten in Berücksichtigung zieht, dann kann man wohl sagen, daß die erreichten Lohnzulagen wohl das Höchste sind, das unter normalen Verhältnissen herauszuholen war.

Unter den angebotenen Organisationsverhältnissen, die zu bessern die Angestellten jetzt in der Hand haben und angesichts der riesigen Arbeitslosigkeit war ein Streik auf jeden Fall ein gewagtes Experiment. Aber auch ein solches Experiment muß unter Umständen gewagt werden. Hier aber war zu entscheiden, ob durch einen Streik mehr zu erreichen war und ob das immerhin nicht geringe Risiko eines solchen Streiks in erträglichem Verhältnis stand zu dem, was durch den Streik erreicht werden konnte. Diese Frage hat das Bohntarikel und haben schließlich auch die Funktionäre und selbst die kommunistischen Funktionäre verneint. Damit ist die Frage entschieden.

Nicht aber für die „Rote Fahne“. Das Risiko, das die Angestellten durch einen Streik auf sich nehmen, ist ja nicht ihr Risiko. Die Kommunisten kalkulieren folgendermaßen: „Ist der Streik erfolgreich, dann sagen wir, daß dieser Erfolg nur der KPD, zu danken ist; ist er erfolglos, werden die Streikenden gemahregelt, dann sagen wir, daß die Arbeiter durch die Gewerkschaftsbureaufraien verraten worden sind.“

Deshalb ist die KPD, auf jeden Fall für den Streik. Sie ist auf jeden Fall für einen Streik, weil es ihr nicht darauf ankommt, die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft, sondern die politischen Interessen der KPD, zu verteidigen.

Die im Bohntarikel vertretenen Organisationen haben mit dieser Lohnbewegung entgegen der von den Unternehmerorganisationen herausgegebenen Parole auf Lohnabbau, dem sich das Reichsarbeitsministerium und die ihm nachgeordneten Schlichtungsinstanzen bisher nur zu willig gebeugt haben, eine Lohnerhöhung durchgesetzt. Die Lohnerhöhung ist nach unserer Meinung ungenügend. Wir betrachten sie aber als einen erfreulichen Anfang. Sie ist der Anfang des notwendigen Lohnaufstieges, wenn wir die fürchterliche Krise überwinden wollen.

Die KPD, hat kein Interesse an einem solchen Lohnaufstieg. Für ihre politischen Zwecke kann sie nur eine zwischen Oben und Arbeitslosigkeit hin- und hergeworfene wirtschaftlich und politisch haltlose Masse gebrauchen. Eine Masse, die sich dazu hergibt, Staffage zu bilden bei den Schaustellungen der KPD, die den Unternehmern nicht weh tun.

Die Direktion der Hochbahn wird sich fallschwind über die sogenannten Arbeiterdelegationen nach Rußland hinwegsetzen. Sie wird mit einem Schmutzplan dem sogenannten Kongreß der Vertätigen zusehen. Jedesmal, wenn die KPD, die Massen aufruft zu Demonstrationen, wird sich die Direktion der Hochbahn die Hände

reiben. Der Kampf, den die SPD. gegen die verantwortlichen Führer der Gewerkschaften und gegen die Sozialdemokratie führt, ist der Direktion der Hochbahn hoch willkommen. Das Ergebnis der Lohnbewegung jedoch wird der Direktion der Hochbahn sehr unangenehm sein. Mit diesen Feststellungen richtet sich das kommunistische Theater von selbst.

In der Funktionärerversammlung der Hochbahner am Montagabend berichtigte zunächst der Bevollmächtigte des Deutschen Verkehrsverbundes Genosse Dr. Hermann über das Ergebnis der Verhandlungen vor dem Schlichter. Bekanntlich hatte der Schlichter für das technische Personal eine Lohnerhöhung von 3 Pf. die Stunde, für das übrige Personal eine solche von 2 Pf. die Stunde festgesetzt. Durch die Verhandlungen vor dem Schlichter ist eine allgemeine Kleiderzuschlag von 1 Pf. pro Stunde erreicht worden, außerdem die Erhöhung der Pauschalvergütung für die Nachtschicht von 37 auf 45 Pf. Durch die Lohnbewegung ist also insgesamt eine Lohnerhöhung von 3 bzw. 4 Pf. die Stunde für das technische und das Fahrpersonal erreicht worden.

In der an den Bericht sich anschließenden Diskussion wurde der Unzufriedenheit über das Ergebnis Ausdruck gegeben. Aber selbst von den kommunistischen Rednern erklärte u. a. Freier, daß er für seine Person wohl dem Verhandlungsergebnis nicht zustimmen könne, daß er aber nicht glaube, daß mehr herauszuholen sein würde. In seinem Schlusswort erklärte Orthmann, daß, wenn die Funktionäre dem Verhandlungsergebnis nicht zustimmen würden, eine neue Urabstimmung vorgenommen werden müßte, weil durch die Verhandlungen vor dem Schlichter das Ergebnis des Schlichterspruches praktisch wesentlich abgeändert worden ist.

Die „Rote Fahne“ behauptet heute morgen, daß die Gewerkschaftsbureaucratie „stoch“ erklärt hätten, daß sie, „falls die Hochbahner streiken wollten“, diesen Streik in aller Deffentlichkeit als einen „wilden Streik“ bekämpfen und „mit allen Mitteln niederschlagen würden“.

Richtig ist nur, daß Orthmann in seinem Schlusswort erklärte, daß mit einer Verbindlichkeitsklärung gerechnet werden müsse, falls die Hochbahner in Streik treten würden. In diesem Falle wäre es der Organisation aber nicht möglich, den Streik zu finanzieren. Diese Eventualität müßte heute schon ins Auge gefaßt werden.

Die Abstimmung ergab 47 Stimmen für Annahme und 50 Stimmen für Ablehnung des Schlichterspruches und nicht, wie die „Rote Fahne“ unter Verschweigung der Zahlen behauptet, eine „große Mehrheit“ gegen die Vereinbarungen.

Hier bricht der Bericht der „Roten Fahne“ merkwürdigerweise ab. Sie schreibt nur: „Inmerhin hatten die Drohungen der Gewerkschaftsbureaucratie bewirkt, daß ein erheblicher Teil der Funktionäre unerschrocken wurde, so daß die Funktionäre davon Abstand nahmen müßten, den Hochbahner den Streik zu empfehlen.“

Die „Rote Fahne“ erfindet Drohungen, um folgende Tatsache zu verschleiern: Als das Ergebnis der Abstimmung vorlag und im Namen des Fahrpersonals die Erklärung abgegeben wurde, daß für dieses die Bewegung erledigt sei, erklärte der kommunistische Arbeiterratsvorsitzende und Vorstandsmitglied der Stadtverordnetenversammlung Deter, daß unter diesen Umständen es seinen Sinn habe, dem Personal das Verhandlungsergebnis noch in einer Urabstimmung zu unterbreiten, da es außer allem Zweifel sei, daß das Verhandlungsergebnis mit der erdrückenden Mehrheit angenommen werden würde. Deter empfahl deshalb, von einer Urabstimmung abzusehen und damit das Verhandlungsergebnis als angenommen zu erklären.

Wenn die „Rote Fahne“ heute morgen in großen Lettern vermeldet: „Der Verkehrsarbeiterkampf abgewürgt!“ dann ist es der kommunistische Arbeiterratsvorsitzende, Vorstandsmitglied der Stadtverordnetenversammlung Deter, der diesen Kampf „abgewürgt“ hat. Die erfolgreichen Lohnverhandlungen aber hat die „Gewerkschaftsbureaucratie“ geführt.

Streikbewegung der Rahmenmacher. Um eine zehnprozentige Lohnerhöhung.

Nachdem die Rahmenmacher und Vergolder in ihrer Versammlung am 27. Oktober den Streik beschlossen hatten, nahmen am 28. Oktober die Vertrauensleute zur Durchführung des Streiks Stellung. Sie beschloßen, den Unternehmern mitzutellen, daß am Sonnabend, den 30. Oktober, die Arbeit nicht wieder aufgenommen werden würde, wenn die Unternehmer die Forderung auf eine zehnprozentige Lohnerhöhung nicht anerkennt.

Wie vorausgesehen war, lehnten die Unternehmer jedes Entgegenkommen ab, was mit der Arbeitsniederlegung beantwortet wurde. Der Holzarbeiterverband hat darauf der Unternehmerorganisation den oben angeführten Beschluß unterbreitet. Die Unternehmer beschloßen jedoch, sich nur dann zu Verhandlungen bereit zu erklären, wenn die Arbeiter die Arbeit wieder aufnehmen. Dies lehnten die Arbeiter selbstverständlich ab.

Ob es trotzdem noch zu Verhandlungen kommt, läßt sich noch nicht sagen. Von dem Streik sind noch nicht alle in diesem Gewerbe bestehenden Unternehmer erfasst, da ein großer Teil nicht der Arbeitgebervereinigung angeschlossen ist. Ein Teil dieser Unternehmer hat die Forderung der Arbeiter anerkannt, mit einem Teil weiterer Firmen wird zurzeit noch verhandelt; es besteht alle Aussicht auf eine Verständigung. Ob in diesen Streik noch weitere Firmen hineingezogen werden, hängt von der weiteren Haltung der Unternehmer ab. Die Arbeiter sind jedenfalls fest entschlossen, ihren Kampf bis zum vollen Erfolge durchzuführen.

Der französische Gewerkschaftsbund zu Moskau.

Paris, 2. November. (M.B.) Der Nationale Ausschuss des Allgemeinen französischen Arbeiterverbandes (C. G. T.) hat seine Arbeiten beendet. In einer Entschlieung spricht sich der Ausschuss für eine Kontrolle der internationalen Industriellenverbände durch die in Frage kommenden Instanzen, wie z. B. den Völkerbund, aus. Er wendet sich ferner mit Entschiedenheit dagegen, eine Einheitsfront mit den unter der Kontrolle Moskaus stehenden Organisationen zu bilden.

Zu der Lohnbewegung in den Wein- und Likörfabriken ist die Forderung, daß der Schlichterspruch von den Arbeitern der Wein- und Likörfabriken angenommen sei, dahin zu berichten, daß die Verhandlung erst heute abend stattfindet.

Achtung, Elektromonteur! Die Schwachstrommonteure in Hamburg befinden sich in einem Streik. Da Streikbrecher angeworben werden sollen, hat der Zugzug nach Hamburg zu unterbleiben.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten u. G., Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabenden von 9-3 Uhr und 5-7 Uhr, Sonnabends von 9-1 Uhr geöffnet.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Goetz; Wirtschaft: Felix Götter; Gewerkschaftsbewegung: J. Klein; Kultur: R. A. Böhm; Politik und Sonstiges: Fritz Kersch; Anzeigen: E. Glöckner; Familien in Berlin: Verlag: Sowjett-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Sowjett-Verlag und Verlagsanstalt Paul Sinauer u. Co., Berlin SW 65, Lindenstraße 2.

Auf Teilzahlung **DiN**
Herren-Garderobe
zu spielend leichten
Zahlungsbedingungen
CAMNITZER
Schönhauser Allee 82 I
am Hochbahnhof Nordring
Juergens
Alexanderplatz

Der
Neue-Welt-Kalender 1927
Ältester Kalender des werktätigen Volkes
enthält neben Kalendarium, Messen und Märkte, Ebbe- und Flut-Tabelle
aktuelle Beiträge
künstlerischer und unterhaltender Art.
Interessante Plaudereien über technische und wissenschaftliche Fragen
Preis 80 Pfennig
Zu beziehen durch:
J. H. W. Dietz Nachfl. G. m. b. H.
Berlin SW 68, Lindenstraße 2
den Botenfrauen und sämtlichen Ausgabe-
stellen des „Vorwärts“.

Besonders wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN in der Gesamtauflage des „Vorwärts“ und trotzdem billig!

In **Wilmersdorf** bei **Gutentag**
kauft man billig jeden Tag
Hilfsstraße 103
Ob früh, ob spät, ganz einzelst
Wunderschön ist dort der Sitz,
Denn geht die Mutter mit dem Fröh
Gang vergnügt und tiefst froh
Und hat'n sich einen Paletot.
Wenn auch die Rasse schlecht bestellt,
Bei Gutentag für wenig Geld
Kleiden Tausende sich ein!
Vor allem kauft es sich dort sein,
Bei Gutentag im ersten Stock
Da gibt's den besten Winter-Ho!

Geradezu **fabrikhaft billig** **hochelegante**
Mäntel - Paletots - Anzüge - Gesellschafts-Kleidung
allerneueste Moden
85.-, 78.-, 65.-, 55.-, 50.-, 48.-, 39.-, 35.-, 30.-, 25.-, 21.-

Bei **Gutentag** garantiert gutem Sitz eleg. Ausfertigung auch von mitgebrachten Stoffen in 4 Ausführungen, 65.-, 50.-, 45.-, 35.- inkl. Lohn u. gedieg. Zutaten.
Nischenwahl Wertstatt im Hause Nischenwahl
Heinrich Gutentag **Wilmersdorf**
Hilfsstr. 103
L. C. G. G. Haus

Du gewinnst mit einem Schlag
Wenn Du kauft bei Gutentag

Bezeichnen Sie bitte unsere Schaufenster

Es lohnt sich

unser heutiges Angebot eingehend zu beachten!

Für den kalten Winter!
Nur gute Qualitäten zu denkbar niedrigsten Preisen!

Pütz	Herrenstrümpfe	Wollwaren	Garn- und Plaidwaren
Glocke sehr kleinem, aus gut Velvet, in 4 versch. Farben 4 ⁹⁰	Caschmirstrümpfe Wolle plattiert, nur schwarz und feine Farben, mit Doppelsehle und Hochleiste 1 ⁷⁵	Sport-Westen rein Wolle mit hübschen Seideneffekten 7 ⁹⁰	Herren-Ulster Zrethg. prakt. Farb. mod. Form. 46.- 48.- 39.-
Jugendl. Hut Velvet, mit gezug. Kriem, in modernen Farben 5 ⁹⁰	Caschmirstrümpfe r. Wolle, Doppels. u. Hochl., 1. Farb. 2 ⁵⁰	Sport-Westen 2fach Zelle weiß gestreift, in Qualität 8 ⁹⁰	Herren-Ulster mod. Formen, gute mollige Stoffe, in praktischen Farben 69.- 75.- 65.-
Filtz-Hüte in allen modernen Formen und Farben 6 ⁷⁵	Caschmirstrümpfe Wolle mit Seide, meliert 3 ⁷⁵	Kinder-Pullover Trikot, verschied. Farben 3.30 3.15 2 ⁷⁰	Herren-Paletots Zrethig, mit Samtkragen, aus kräftigem Marengo 78.- 65.- 45.-
Frauenhut aus prima Seidenplättch in schwarz 7 ⁷⁵	Damenstrümpfe Seidenfärb, vute Qualität, alle 1.35 1 ⁴⁵	Kind-Sportwesten Kammg. plattiert, Gr. 1-3 2.80, 4-5 3 ⁹⁵	Gehrockpaletots Die große Mode, gute Stoffe, in schwarz u. Marengo 79.- 65.- 54.-
Frauenhut aus pr. Seid. Sammet, m. Einl. u. Bandgarn 11 ⁵⁰	Herrensocken gestrickt, Wolle pl. m. Strickl. 1.10 95 Pf.	Pullover original englisch 11.75 9.- 7 ⁵⁰	Gestreifte Herren-hosen haltbare Stoffe, prakt. Farben 6.30 4.90 3 ⁵⁰
Ansteckblumen in großer Auswahl von 35 Pf.	Herrensocken reine Wolle, gestrickt, m. Strickl. 1 ⁵⁰	Sandstüffe	Wint.-Lodenjopp. Zrethig u. Sportform, kräftige Stoffe, warmgefüttert 24.- 18.50 13 ⁵⁰
Garn- und Plaidwaren	Teilkolonien	Damen-Trikot 2 Druckknöpfe mit Haarl. Paar 75 Pf.	Sandstüffe
Wintermäntel Velour de laine, Kragen, Manschetten und seitwärts Pelzgerandung 29 ⁵⁰	Normal-Hemden wollgemischt 3.25 1.- 2 ⁷⁵	Damen-Handschuhe Leder-lml. 2 Druckk., Paar 95 Pf.	Damen-Handschuhe verschiedene Qualitäten, große Posten, mit und ohne Futter, durchweg 1 ²⁵
Wintermäntel aus warmen Eskimostoffen, ganz mit Damassé gefüllt, u. groß. Pelzkrag 34 ⁵⁰	Normal-Hemden la wollgemischt 4.75 4.25 3 ⁷⁵	Herren-Handschuhe ganz gefüllt, Trikot, m. 1 Druckknopf, Paar 1 ³⁵	Damen-Handschuhe Lammlider, la Qual. 3 ⁹⁰
Kleider kombiniert m. pullover-artig, Stoffen, in entzück. Macharien 9 ⁷⁵	Normal-Hosen wollgemischt 2.50 2.25 1 ⁹⁵	Damen-Handschuhe 4 ⁹⁰	Herren-Nappa-Handschuhe 1 Druckk. 4 ⁹⁰
Morgenrock aus mollig. Flanelstoff, in vielen Farben 3 ⁹⁵	Herren-Hosen mit angeraumtem Futter 3.30 2.90 2 ⁵⁰		
Kleid a. Eolienne mit aparter Fransengerandung 19 ⁷⁵	Herren-Hosen mit angeraumtem Futter 3.90 3.50 3 ¹⁰		
Kleid a. Crüpe de Chine in eleg. Ausführung 29 ⁵⁰	Herren-Garnituren laine Farben, alle Größen, Garnitur 3 ⁹⁰		

Im Lichthof enorm billiger Verkauf Porzellan Dinning

13⁵⁰
Herren echt Boxcall-Halbshuh mit Krokodil-Eins. goodyear ged.

Unsere sehenswerte
Spielwaren-Ausstellung
im 4. Stock ist eröffnet!

J. Joseph & Co. Neudamm
Berliner Str. 31-35

9²⁵
Damen echt Boxcall-Gummizug-Schuh